

## **Kerosinablass: „Nicht abschließend bewertbar“**

Der Abschlussbericht des Umweltbundesamtes zu den Auswirkungen von Kerosinablässen liegt vor. Das Fazit der Wissenschaftler dürfte die Kritiker nicht verstummen lassen. Und die Empfehlungen der Experten wurden von der Bundesregierung auch nicht umgesetzt.

Von Jürgen Müller

KAISERSLAUTERN/DESSAU. Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie in Europa regnete es über der Pfalz und den angrenzenden Regionen Saarland und Hunsrück immer wieder Kerosin. Allein in den Jahren 2018 und 2019 gingen jeweils plus, minus 200 Tonnen über dem Südwesten nieder. Begründet werden diese Treibstoffablässe regelmäßig mit angeblichen Notfällen, die kurz nach dem Start aufgetreten seien und eine rasche Rückkehr zum Flughafen notwendig machen würden. Damit die vollgetankten Maschinen sicher landen können, müssten sie Kerosin ablassen, um ihr Gewicht zu reduzieren. Nach massiven Protesten von Bürgern forderte die Umweltministerkonferenz das Umweltbundesamt in Dessau auf, endlich die Auswirkungen von Treibstoffablässen zu untersuchen. Im Mai 2019 legte die Behörde eine Kurzfassung vor: „Kerosinablass von Flugzeugen für Mensch und Umwelt unkritisch“, lautete damals das Fazit. Die Erkenntnisse der Wissenschaftler beruhten freilich nur auf Berechnungen, nicht auf Messungen.

Jetzt hat das Dessauer Bundesamt eine ausführlichere Version veröffentlicht. Auch sie stützt sich lediglich auf Datenauswertungen und Berechnungen. Aber dieses Mal liest sich das Fazit alles andere als beruhigend. Zwar heißt es auch hier, dass die Risiken von Treibstoffablässen für Boden und Grundwasser „als geringfügig, beziehungsweise vernachlässigbar gewertet werden“. Was aber die bodennahe Luft, Seen und andere Oberflächengewässer sowie die menschliche Gesundheit anbelange, „sind die möglichen Risiken mit dem derzeitigen Wissensstand noch nicht in allen Details abschließend bewertbar“. Als Hauptgrund für diese Aussage wird angeführt, dass die Inhaltsstoffe jenes Gemischs, das am Boden ankommt, „bisher kaum in Regelwerken Einzug gefunden haben“. Mit anderen Worten: Man weiß zu wenig.

Schon in ihrer Kurzfassung vom Mai 2019 haben die Wissenschaftler des Umweltbundesamtes empfohlen, vorsorglich das Kerosin nicht immer über den gleichen Gebieten abzulassen. Bayern und Rheinland-Pfalz gehören laut der Behörde zu den am meisten betroffenen Bundesländern. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb im März vergangenen Jahres einen Vorstoß unternommen, damit diese Empfehlung von der Bundesregierung umgesetzt wird. Außerdem forderte sie, die auf der Internetseite des Luftfahrtbundesamtes seit 2018 veröffentlichten spärlichen Informationen über Treibstoffablässe um Angaben über Flugroute, Dauer des Ablasses und Wetterdaten zu erweitern.

Doch die CDU-Fraktion ließ den Koalitionspartner abblitzen, wie aus einem internen Schreiben vom Juni 2020 hervorgeht: „Der Ablass von Kerosin erfolgt ausschließlich in Not-Situationen, die ein sicheres Weiterfliegen als unverhältnismäßig charakterisieren.“ Zu diesen „Not-Situationen“ würden unter anderem ein „gesundheitlich kritischer Zustand eines Passagiers oder der Ausfall eines oder mehrerer Triebwerke zählen“. Der Vorschlag alternierender Lufträume würde „eine Notsituation gegebenenfalls noch verschärfen“.

Ein Blick in die Liste des Luftfahrtbundesamtes zeigt jedoch, dass bei den 61 in den Jahren 2018 bis 2020 gemeldeten Treibstoffablässen nur in vier Fällen ein medizinischer Notfall als Grund gemeldet wurde. In den meisten übrigen Fällen wurden nicht näher bezeichnete „technische Probleme“ oder gar keine Gründe genannt. Bei RHEINPFALZ-Recherchen erwies sich mehr als einmal, dass keineswegs ausgefallene oder gar brennende Triebwerke Anlass für den Ablass waren, sondern beispielsweise

Probleme beim Einfahren des Fahrwerks. Von einem Notfall, der ein sofortiges Landen notwendig gemacht hätte, konnte also keine Rede sein.

Seit Beginn der Corona-Pandemie sind die Angaben des Luftfahrtbundesamtes zur Ursache von Kerosinablässen um eine neue Variante bereichert worden: Zwischen März und Dezember 2020 wurden sieben „Testablässe zu Wartungszwecken“ von dem Amt gemeldet. Drei davon hätten sich über dem südöstlichen beziehungsweise über dem südwestlichen Teil von Rheinland-Pfalz ereignet – also offenbar über der Pfalz. Besser lässt sich die Behauptung, Kerosinablässe erfolgten nur in Notfallsituationen, nicht ad absurdum führen. Einziger Trost: bei diesen Testablässen handelt es sich um vergleichsweise geringe Mengen von jeweils 200 Kilogramm.

„Ich erwarte, dass die Information der Öffentlichkeit durch das Luftfahrtbundesamt noch schneller und mit konkreteren Angaben dazu erfolgt, welche technischen Probleme einen Treibstoffablass notwendig gemacht haben“, fordert der westpfälzische SPD-Bundestagsabgeordnete Gustav Herzog. Außerdem sollte der Empfehlung des Umweltbundesamtes gefolgt werden, den Piloten für Treibstoffablässe wechselnde Gebiete zuzuweisen. Dadurch könnten sich Belastungen auf verschiedene Flächen verteilen. Und schließlich, so Herzog, sollte die Mindestflughöhe für Ablässe von derzeit etwa 2000 auf rund 3300 Meter hochgesetzt werden. „In Großbritannien ist das bereits die Regel. Hier ist nun der Bundesverkehrsminister am Zug.“

## **SPD und CDU fordern Messungen**

„Wir brauchen endlich eine umfängliche Untersuchung der Auswirkungen von Kerosinablässen, die konkrete Messungen von belasteten Gebieten beinhalten muss.“ Mit dieser Forderung reagiert SPD-Landtagsfraktionschef Alexander Schweitzer auf den Abschlussbericht des Umweltbundesamtes zu den Folgen von Treibstoff-ablässen von Flugzeugen. Wie berichtet, hat die Behörde erklärt, dass die möglichen Risiken solcher Ablässe „noch nicht in allen Details abschließend bewertbar“ seien. Außerdem kritisiert Schweitzer, dass die Bundesregierung immer noch nicht die Forderung des Umweltbundesamtes umgesetzt hat, das Kerosin über wechselnden Gebieten abzulassen. Auch der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Christian Baldauf fordert Messungen. Für die Einrichtung solcher Messstellen sei aber die Landesregierung verantwortlich. Die dafür nötige Infrastruktur habe das Land aber nicht geschaffen. Wie Schweitzer plädiert auch der südpfälzische FDP-Bundestagsabgeordnete Mario Brandenburg, dass die Öffentlichkeit schneller über die Ablässe informiert wird. Jüm